Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales der Stadt Baesweiler vom 27.02.2007, im Sitzungssaal des Rathauses in Setterich

Beginn: 18.00 Uhr Ende : 20.00 Uhr

Anwesend waren:

a) <u>stimmberechtigt:</u>

Dederichs, Norbert - Vorsitzender Beckers, Rolf für Hermanns, Andrea
Bockmühl, Gabriele
Burghardt, Uwe
Casielles, Juan für Baumann, Marita
Männel, Resi
Meirich, Thomas
Odenkirchen, Margarete
Ohler, Käthe
Pelzer, Bernd
Schmitz, Andreas
Schmitz Hendrik für Scheen, Wolfgang
Sommer, Dominik
Timmermanns, Peter
Walmanns, Peter

b) sachkundige Einwohner:

Bongers, Franz-Josef Breuer, Elisabeth Gilles, Käthe Greier, Kirsti Karakök, Kazim Kick, Willi

c) <u>entschuldigt fehlten:</u>

Trigoso, Jorge

d) von der ARGE im Kreis Aachen

der Teamleiter StAR Frank Oehler

e) von der Verwaltung

Rechts- und Sozialdezernent Leuchter StOI Merschen als Schriftführerin

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales waren mit Einladung vom 08.02.2007 für Dienstag, den 27.02.2007, 18.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgemacht.

Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

- 1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 16. November 2006
- 2. ARGE Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitssuchender im Kreis Aachen hier: Referat
- 3. Jugendcafé Baesweiler 10-jähriges Bestehen
- 4. Kindergärten hier: Geplante neue Betreuungsformen
- 5. Prüfung eines eigenen Jugendamtes für die Stadt Baesweiler; Regelmäßiger Sachstandsbericht der Verwaltung und Antrag der SPD-Fraktion vom 21.12.2006
- 6. Mitteilungen der Verwaltung
- 7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) <u>Nichtöffentliche Sitzung</u>

8. Hausaufgabenhilfe und Deutschförderung durch den Nachbarschaftstreff Setterich;

hier: Antrag vom 18.12.2006 auf städtische Zuschussgewährung

- 9. Schüler-Job-Börse; hier: Finanzierung
- 10. Mitteilungen der Verwaltung
- 11. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Soziales, Herr Norbert Dederichs, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, ebenso die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die zahlreich erschienenen Besucherinnen und Besucher.

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 16. November 2006

Ausschussmitglied Meirich wies darauf hin, dass eine wichtige Anmerkung aus der voran gegangenen Sitzung nicht in der Niederschrift festgehalten worden sei. Daher wird aus der Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 16. November 2006 nachgetragen, dass Ausschussmitglied Meirich beantragte darüber zu beschließen, zwei weitere Biotonnen für die Baesweiler Tafel anzuschaffen.

Bürgermeister Dr. Linkens wies darauf hin, dass der Ausschuss für Jugend und Soziales nicht zuständig sei, über einen solchen Beschlussvorschlag zu entscheiden. Die Anregung werde aber an die zuständige Stelle innerhalb der Verwaltung mit der Bitte um Prüfung weitergeleitet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 16.11.2006 einstimmig zur Kenntnis.

2. ARGE - Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitssuchender im Kreis Aachen;

hier: Referat

Zu diesem Tagesordnungspunkt referierte der Jobcenterleiter Nordkreis I der ARGE im Kreis Aachen, Herr Frank Oehler. Er stellte dabei vor allem die Neuorganisation der ARGE im Kreis Aachen vor.

Die Neuorganisation bestünde vor allem in der Zusammenfassung der Außengeschäftsstellen zu größeren Organisationseinheiten zur Optimierung der Organisationsstruktur. Es handele sich dabei um ein von der Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit den Teamleitern entwickeltes Modell. So sei zum Beispiel das Jobcenter Nordkreis I entstanden, welches für die Bereiche der Städte Alsdorf und Baesweiler zuständig sei. Dabei seien sich Bürgermeister und Teamleiter der ARGE zu jeder Zeit darüber einig gewesen, dass der Standort Baesweiler erhalten bleiben müsse und man sich somit für eine dezentrale Lösung entschieden habe. Diese Lösung biete vor allem eine besondere Nähe zum Publikum und mehr Bürgerservice. Eine Ausnahme der dezentralen Lösung bestünde lediglich für die Erstmeldung in Arbeitslosigkeit und die Betreuung von unter 25-Jährigen, die zusammen am Standort in Alsdorf durchgeführt werde.

Eine Neuregelung ergebe sich auch in Bezug auf die Arbeitsfelder der Fallmanager und Leistungssachbearbeiter. In Zukunft werden die Fallmanager Neufälle aufnehmen und Entscheidungen über die Leistungsgewährung treffen. Danach werde der Fall leistungsrechtlich nur noch vom Leistungssachbearbeiter abgewickelt. Alle Eingaben in das entsprechende Computerprogramm A2LL erfolgen nach der Grundaufnahme durch den Leistungssachbearbeiter/die Leistungssachbearbeiterin. Der Fallmanager betreue den Fall in allen Integrationsangelegenheiten. In Leistungsangelegenheiten entscheide der Fallmanager nur, wenn die Entscheidung Einfluss auf die Integrationsarbeit habe. So werde sichergestellt, dass sich die Fallmanager deutlich intensiver um die Integration der Kunden in den Arbeitsmarkt kümmern können. Andererseits könne so auch der Bereich des Sanktionsmanagements verstärkt durch die Leistungssachbearbeiter ausgeführt werden.

Vorteile der Neuorganisation bestünden insbesondere in der Tatsache, dass eine Spezialisierung der Mitarbeiter und Führungskräfte möglich werde, da schnellere Erfolge bei der Integrationsarbeit feststellbar werden könnten. Der Fallmanager habe deutlich mehr Zeit für die einzelnen Kunden und könne so die Integrationsinstrumente besser ausnutzen. Fallmanager und Leistungssachbearbeiter seien in Zukunft nur noch für jeweils ein EDV-Programm verantwortlich. Insgesamt werden größere Teams mit mehr Fachwissen gebildet, eine bessere Steuerung der Teams werde möglich und in Baesweiler werde insgesamt mehr Personal eingesetzt. Die konkreten Auswirkungen für die Personalstruktur der ARGE in Baesweiler stellen sich, so Frank Oehler, wie folgt dar:

Es seien drei neue Leistungssachbearbeiterinnen eingestellt worden. Ein neuer Fallmanager wurde zusätzlich seit Dezember eingesetzt. Durch die Personalaufstockung sei es erforderlich, neue Räumlichkeiten zu beziehen.

So werde die ARGE Mitte März voraussichtlich in die ehemaligen Räumlichkeiten des Amtes für Schule, Sport, Kultur und Partnerschaft umziehen.

Die Ziele für das Jahr 2007 bestünden, so Herr Oehler, in der Senkung der Kosten für Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Kosten der Unterkunft und Heizung um 4 %. Die Integration von Arbeitslosen soll auf 1.055 im Jahr 2007 erhöht werden. Zur Erreichung dieser gesteckten Ziele für das Jahr 2007 wurde mit jedem Jobcenter eine Zielvereinbarung getroffen. Diese Zielvereinbarungen seien von den Jobcenterleitern und den dort tätigen Teamleitern sowie der Geschäftsführung unterschrieben worden.

Anhand von Zahlen erläuterte Herr Oehler die Entwicklung der Fälle im Jahr 2006. Dabei sei eine Senkung der Fallzahlen ab Juni 2006 zu verzeichnen gewesen. Im Dezember betrug die Fallzahl in der ARGE des Kreises Aachen, Team Baesweiler, 929. Dagegen waren es im Januar 2006 noch 1.003 Fälle.

Herr Oehler wies darauf hin, dass bezüglich des Sanktionsmanagements Kooperationen mit Jugendamt und Ordnungsamt bestünden.

Ausschussmitglied Timmermanns dankte für die interessanten Ausführungen und sprach seinen Respekt vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE aus, denen besonders in der Anfangszeit der ARGE enorm viel zugemutet wurde und die dennoch so große Erfolge erzielt hätten. Herr Timmermanns wies darauf hin, dass die CDU die weitere Entwicklung begleiten wolle und bat darum, auch in Zukunft regelmäßig im Ausschuss informiert zu werden.

Ausschussmitglied Beckers bedankte sich ebenfalls für die gute Arbeit der ARGE und die regelmäßigen Berichte im Ausschuss. Ausschussmitglied Meirich dankte im Namen der SPD-Fraktion für die gute Arbeit verbunden mit den besten Wünschen für die Zukunft. Er fragte an, ob es gerechtfertigt sei, das Sanktionsmanagement unter Umständen soweit zu betreiben, dass im Ergebnis Obdachlosigkeit die Folge sei. Herr Oehler machte dazu noch einmal deutlich, dass Sanktionen nur verhängt werden könnten, wenn auch entsprechende Gründe vorlägen und dass im Extremfall Wohnungslosigkeit drohen könnte, die dann aber selbst verschuldet sei, in dem Sinne, dass Gründe für die Sanktionen in der Person des Leistungsempfängers liegen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zur Entwicklung der ARGE im Kreis Aachen und zur aktuellen Situation in Baesweiler zur Kenntnis und bat die Verwaltung, fortlaufend über die Entwicklung im Bereich der ARGE zu berichten.

3. Jugendcafé Baesweiler - 10-jähriges Bestehen Kindergärten

Herr Dezernent Leuchter führte zu diesem Tagesordnungspunkt aus, dass das Jugendcafé bereits seit zehn Jahren von den Jugendlichen sehr gut angenommen werde. Zurzeit würde das Jugendcafé von bis zu 60 Jugendlichen am Abend besucht. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums in diesem Jahr sei im August eine Feierlichkeit geplant, die unter Beteiligung der Jugendlichen organisiert werden solle.

Ausschussmitglied Timmermans wies darauf hin, dass die Einrichtung des Jugendcafés vor zehn Jahren ein schwieriges Unterfangen gewesen sei. Insbesondere die Tatsache, dass ein Jugendcafé bei den Anwohnern nicht sonderlich beliebt sei, machte es sehr schwierig, einen geeigneten Standort zu finden. An dieser Stelle sprach er auch den Nachbarn in der Windmühlenstraße seinen großen Dank aus, die sich mittlerweile sehr gut mit dem Jugendcafé arrangiert hätten. Insbesondere den beiden Mitarbeiterinnen, die von Beginn des Jugendcafés an ihren Dienst im Jugendcafé verrichten, sprach Herr Timmermanns ein Lob und Dank aus.

Ausschussmitglied Beckers schloss sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Dank an. Er sei insbesondere darüber erfreut, dass das Jugendcafé sonntags nachmittags geöffnet habe. Allerdings führte er aus, dass bei mittlerweile über 28.000 Einwohnern nur ein Treff im Stadtteil Baesweiler zu überdenken sei. Insbesondere die bauliche Erweiterung des Jugendcafés solle durch die Verwaltung geprüft werden.

Frau Odenkirchen schloss sich im Namen der SPD-Fraktion dem Dank ihrer Vorredner an und fragte, ob in Zukunft feste pädagogische Programme im Jugendcafé umgesetzt werden sollen. Herr Leuchter wies darauf hin, dass das Jugendcafé gerade ein offener Treff ohne besonderes pädagogisches Konzept sei und dieses offene Angebot solle auch in Zukunft beibehalten werden. Die Erfahrungen in der Vergangenheit zeigten, dass die Jugendlichen einen Treffpunkt suchten, der gerade komplett ohne besondere pädagogische Arbeit auskäme.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen einstimmig zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung mit der Organisation und Durchführung einer Feier anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Jugendcafés in der Windmühlenstraße. Des Weiteren beauftragte der Ausschuss für Jugend und Soziales die Verwaltung mit der Überprüfung des Gesamtangebotes im Jugendcafé und der gegebenenfalls erforderlichen Erweiterungen des Angebotes.

4. Kindergärten;

hier: Geplante neue Betreuungsformen

Herr Dezernent Leuchter verwies auf die ausführliche Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und wies noch einmal gesondert darauf hin, dass dem Kreisjugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 07.03.2007 der Vorschlag unterbreitet werden solle, das Amt 51 des Kreises Aachen mit der Entwicklung eines Konzeptes für die geplanten neuen Betreuungsformen zu beauftragen. Ziel solle dabei die Erarbeitung eines Konzeptes sein, das bis zur nächsten Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses im Mai 2007 vorgestellt werden solle.

Ausschussmitglied Timmermanns unterstütze den Vorschlag der Verwaltung und wies darauf hin, dass der Bestand an Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder sowie integrative Betreuungsplätze ausgebaut werden müssten. Die Entwicklung in Baesweiler bezeichnete er als positiv.

Ausschussmitglied Beckers merkte an, dass vom Land Nordrhein-Westfalen zwar vorgeschlagen sei, die Betreuung unter dreijähriger Kinder bis zum Jahr 2008 zu verdoppeln, jedoch bewege man sich bei dieser Verdoppelung insgesamt noch immer auf einem zu niedrigen Niveau.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen einstimmig zustimmend zur Kenntnis, unterstützte die Bestrebungen zur Schaffung weiterer Plätze für Kinder unter drei Jahren und beauftragte die Verwaltung, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales über das Konzept für den Ausbau der neuen Betreuungsformen zu berichten.

5. Prüfung eines eigenen Jugendamtes für die Stadt Baesweiler; Regelmäßiger Sachstandsbericht der Verwaltung und Antrag der SPD-Fraktion vom 21.12.2006

Dezernent Leuchter verwies auf die 21-seitige Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und stellte noch einmal die zwei wichtigsten Aspekte bei der Entscheidung für oder wider ein eigenes Jugendamt dar. Einerseits sei die Qualität des Angebotes entscheidend und andererseits die finanzielle Belastung, die ein eigenes Jugendamt mit sich bringe. Die Vorlage habe deutlich gezeigt, dass bei der Qualität keine Verbesserung erzielt werden könne, wenn das Jugendamt bei der Stadt Baesweiler angesiedelt wäre.

Insbesondere auf Grund der Tatsache, dass vor Ort durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßige Sprechstunden und bei Bedarf jederzeit Hausbesuche durchgeführt würden, verfüge das Kreisjugendamt über die nötige Ortsnähe. Auf der anderen Seite wäre ein höherer finanzieller Aufwand für ein eigenes Jugendamt nötig.

Ausschussmitglied Bockmühl vertrat im Namen der SPD-Fraktion die Auffassung, dass ein eigenes Jugendamt mit zur Daseinsvorsorge gehöre und in diesem Zusammenhang gerade der Dienst am Menschen wichtig sei. Dies könne nicht gewährleistet werden, wenn man für alle Angelegenheiten zum Kreishaus nach Aachen fahren müsse.

Ausschussmitglied Timmermanns wies noch einmal darauf hin, dass man gerade nicht bei allen Problemen zum Kreishaus nach Aachen fahren müsse. In den meisten Bereichen werde eine Sprechstunde in Baesweiler angeboten bzw. die Sachbearbeiter gehen direkt in die betroffenen Familien hinein. Bei Bedarf seien stets entsprechende Sachbearbeiter oder Sozialarbeiter innerhalb von kürzester Zeit erreichbar und verfügbar. Da die Verwaltung zu dem Ergebnis käme, dass das Jugendamt beim Kreis Aachen ohne Qualitätsverlust und bei gleichzeitigen Einsparungen arbeite, könne man sich nicht dafür entscheiden, in Baesweiler ein eigenes Jugendamt einzurichten.

Ausschussmitglied Beckers wies darauf hin, dass man sich im Ausschuss für Jugend und Soziales geeinigt habe, die Angelegenheit regelmäßig prüfen zu lassen und so sei der Antrag der SPD-Fraktion, die Einführung eines eigenen Jugendamtes nun erneut zu prüfen, richtig. Zur Entscheidung für oder wider ein eigenes Jugendamt führte er an, dass sich bei vielen Betroffenen gezeigt habe, dass gerade die Pflegekinderbetreuung viele Vorteile mit sich bringt, so lange das Jugendamt beim Kreis Aachen ist. Die Synergieeffekte durch das jetzige Jugendamt seien zurzeit nicht von der Hand zu weisen. Deshalb sei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch der Auffassung, dass es zurzeit auf Grund der Ergebnisse der Prüfung sinnvoller sei, das Jugendamt weiterhin beim Kreis Aachen zu belassen. Nach Gründung der StädteRegion solle noch einmal geprüft werden, ob die Einführung eines Jugendamtes bei der Stadt Baesweiler sinnvoll sei.

Ausschussmitglied Greier wies im Zusammenhang mit der Ortsnähe darauf hin, dass einige Angebote im Familienzentrum in Setterich angeboten würden, die sonst teilweise bei Institutionen in Aachen oder in anderen Städten angeboten wurden.

Ausschussmitglied Meirich fasste die Forderungen der SPD-Fraktion noch einmal zusammen und stellte klar, dass es der SPD-Fraktion darum ginge, die Entscheidung ob ein eigenes Jugendamt in Baesweiler eingerichtet werden sollte, nicht an die Gründung der StädteRegion zu knüpfen. Vielmehr solle ab jetzt jährlich oder alle zwei Jahre erneut geprüft werden, ob die Einrichtung eines eigenen Jugendamtes sinnvoll erscheine. Daraufhin fasste der Ausschuss für Jugend und Soziales folgende Beschlüsse:

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales beschloss mit drei Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen dem Stadtrat zu empfehlen, die Verwaltung zu beauftragen, bereits bevor neue Erkenntnisse aus der Arbeit der StädteRegion vorliegen, über die Entscheidung zur Gründung eines eigenen Jugendamtes zu entscheiden. Erneute Überprüfungen sollten dabei im ein- bis zweijährigen Rhythmus erfolgen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zur Kenntnis und empfahl mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen dem Stadtrat von der Errichtung eines eigenen Jugendamtes in der Stadt Baesweiler zumindest bis zum 31.12.2010 Abstand zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, in der Mitte des Jahres 2010 die Ergebnisse einer Prüfung eines eigenen Jugendamtes für die Stadt Baesweiler auf der Basis der neuen Erkenntnisse der Arbeit der StädteRegion vorzulegen.

6. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltungen lagen nicht vor.

7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

Um 19.30 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.